

der Politik erforderlich. Diese Chance gibt es und deshalb glaube ich, dass wir hier auf dem richtigen Weg im Hinblick auf die Ausführungen des Wirtschaftsministers sind. Die nächste Wachstumswelle, wenn es sie denn gibt, wird getragen werden von den Umwelttechnologien und damit auch gerade von klimaschonenden Automobilen. Das ist unsere Chance. Wir müssen der Ausrüster für die Welt und für die nächste Generation material- und rohstoffsparender, energieeffizienter Technologien sein, beim Auto insgesamt, in der Automobilindustrie und auch bei Opel. Wenn wir Opel retten wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir gemeinsam handeln. Einseitig Bedingungen zu diktieren, wird nach dem jetzigen Stand der Dinge wohl kaum zum Erfolg führen. Für eine Lösung, die wirklich trägt, brauchen wir Teamarbeit, das heißt, alle vier betroffenen Bundesländer, die gesamte Bundesregierung, darüber hinaus mindestens fünf europäische Länder am Tisch und nicht zuletzt die EU-Kommission und ganz zum Schluss vielleicht auch die Kooperation seitens der Regierung Obama in Washington. Klar ist, glaube ich, allen, das ist eine erneute Herkulesaufgabe, vor der wir stehen, um die Zukunft von Opel und um damit die Zukunft der Thüringer Industriestruktur zu retten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb das Signal aussenden aus dieser heutigen Plenumsdebatte, lassen Sie uns Seite an Seite kämpfen, nicht nur mit dem Verstand, auch mit dem Herzen, aber vor allem aus voller Überzeugung. Die Vorlage eines tragfähigen Konzepts, das GM nun auf den Tisch legen muss, ist dabei Voraussetzung. Opel hat das Potenzial für einen gesunden europäischen Automobilkonzern, beeindruckende Innovationskraft, hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erstklassige Produkte. Aber auch die besten Produkte brauchen einen Markt. Henry Ford wurde schon zitiert: „Autos kaufen keine Autos.“ Wer deshalb will, dass auch künftig viele Corsas oder andere Modelle aus Eisenach gekauft werden, der muss auch mit uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir das, was wir im Koalitionsvertrag definiert haben, zügig umsetzen, nämlich ein deutlich höheres Lohnniveau in Thüringen, damit diese Autos, die produziert werden, auch gekauft werden können. Tragfähige Strukturen für Opel heißt aber auch, keine Werkschließungen und keine betriebsbedingten Kündigungen. Das kostet harte Verhandlungen, mit Sicherheit Zeit, vielleicht aber auch neues Geld. Noch weiß niemand von uns, ob dieser Kampf, den wir gemeinsam zu führen haben an der Seite der Beschäftigten, erfolgreich sein wird. Ich bin aber sicher, die Landesregierung wird nicht zögern, alles in ihren Möglichkeiten zu tun. Die Zukunft von Opel ist eine Bewährungsprobe für den Industriestandort Deutschland und für den Industriestandort in Europa. Deshalb können sich die Kolleginnen und Kollegen von

Opel - und nehmt diese Botschaft bitte mit nach Eisenach -, aber auch in Deutschland insgesamt der Solidarität und der Unterstützung sicher sein und sich darauf verlassen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und unterstütze ausdrücklich den Verweis der Anträge und der Ergänzungsanträge an den Wirtschaftsausschuss. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Lemb. Es hat Abgeordneter Günther, CDU-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte mit einem Dank beginnen, mit einem Dank an die Landesregierung, an Herrn Minister Machnig für den Sofortbericht. Ich danke auch für die Einberufung der Sondersitzung, denn es war richtig und wichtig. Ich will es begründen, weil viel Bewegung in der Sache ist, nehme ich das gleich vorweg, auch meine Fraktion schließt sich den Anträgen an und beantragt die Überweisung zur Fortberatung aller Anträge an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, da man stündlich neue Erkenntnisse und neue Botschaften erhält.

Ich möchte aber auch einen zweiten Dank hier loswerden und klar zum Ausdruck bringen, dass seit Beginn der Debatte um die Probleme bei Opel es immer Chefsache gewesen ist bei der Landesregierung. Ich freue mich ausdrücklich, dass auch Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht erneut Opel zur persönlichen Chefsache erklärt hat. Wie wir heute im Sofortbericht hören konnten, trägt das Zusammenspiel im Kabinett wirklich gute Früchte. Ich bin außerordentlich dankbar, Herr Minister Machnig, über die eingerichtete Taskforce. Mir ist es eigentlich völlig gleich, in welchem Wahlprogramm das gestanden hat, es ist ganz einfach gut, dass wir es jetzt haben.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist mir einfach eingefallen.)

Genauso ist das.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Nachricht in der Nacht zum 4. November kam für uns alle sicher überraschend. GM will seine Opel-Tochter entgegen allen vorangegangenen Gesprächen und Vereinbarungen nun doch nicht hergeben oder verkaufen. Hierzu, meine Damen und Herren, erst einmal ein grundsätzlicher Standpunkt meiner Fraktion: Was hier von einem Konzern bei allem Verständnis zur Entscheidungsfindung - ich komme

dann noch dazu - in den letzten Monaten mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern veranstaltet wurde, wird von uns zutiefst verurteilt. Ein Jahr in Angst leben zu müssen, immer wieder Hoffnung zu haben, dann endlich das Licht am Ende des Tunnels zu sehen, auch und besonders durch eigenes Mittun wie Lohn- und Sonderzahlungsverzicht - ich erinnere an das Weihnachtsgeld, wir sind kurz davor - und dann vier Wochen vor Weihnachten das vermeintliche endgültige Aus, so geht man nicht mit Menschen um, basta.

(Beifall CDU)

Keine Angst, ich mache keine Basta-Politik.

Das ist bitter und kann und wird zu weiteren Verbitterungen in nicht wenigen Fällen führen. Stellt sich nun die Frage: Wie soll der Freistaat mit dieser Situation umgehen, welche Handlungsmöglichkeiten, welche Einflussnahmemöglichkeiten haben wir, wie soll sich Thüringen in dieser Situation verhalten und positionieren? Das ist die entscheidende Frage heute. Wobei eines sicher ist: Unsere Enttäuschung für den geplatzten Deal, wenn ich ihn mal so bezeichnen darf, darf nicht unsere Objektivität trüben. Es ist nicht das allgemeine Jammertal, in welches wir uns begeben sollten. Es gilt zu fragen, wie wir es schaffen, den Beschäftigten in Eisenach wirklich zu helfen. Die Solidarität meiner Fraktion ist auch bei den Beschäftigten, aber nur ein Plakat hochhalten, reicht hier schlicht und einfach nicht aus.

Da bin ich beim Thema und bei Ihrem Antrag, liebe Kollegen der Linkspartei. Ja, ich sagte es, wir bekennen unsere Solidarität mit dem Automobilstandort Eisenach und mit den Beschäftigten in der Automobilbranche sowie allen Zulieferern. Ziel der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Thüringen sollte wie bisher in jedem Fall der Erhalt des Automobilstandorts Eisenach und damit möglichst vieler Arbeitsplätze, nach Möglichkeit aller, in der Region sein.

Einen anderen Standpunkt haben wir schließlich auch nie eingenommen. Dabei ist es mir allerdings immer wieder wichtig, festzustellen, dass es uns um den Automobilstandort Eisenach in seiner Gesamtheit geht und nicht nur allein um den Opel-Standort Eisenach. Ich denke, das ist heute deutlich geworden, auch wenn wir heute als zentralen Punkt das Werk in Eisenach haben und das ist richtig und gut so.

Wie aber können wir die bestmögliche Hilfe erreichen? Grundsätzlich ist anzumerken, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften PwC und Warth & Klein sind übereinstimmend zu der Schlussfolgerung gekommen, dass die grundsätzliche Sanierungsfähigkeit im Fall Opel gegeben ist. Daher bestehen

für Sanierungskonzepte, basierend auf realistischen Markteinschätzungen, tragfähige Realisierungschancen und diese sollten dann auch unsere Unterstützung finden. Aber diese müssen auf den Tisch und werden von uns eingefordert. Da sind wir, denke ich, alle beieinander.

Ob die von Ihnen geforderte Haltung, wie in Ihrem Antrag geschrieben, GM jegliche Unterstützung zu versagen und bereits geflossene staatliche Mittel rigoros und ohne weitere Prüfung zurückzufordern, allerdings der richtige Weg ist, das sei dahingestellt. Es ist wohl eher eine Trotzreaktion - Sie haben das weitgehend relativiert, Herr Ramelow -, die den Opelanern mehr schaden als nützen würde, zumal die zugesagte Staatshilfe in Höhe von 4,5 Mrd. € überhaupt nicht an Magna gebunden war. Die staatlichen Zusagen im Falle einer Übernahme von Opel durch Magna durften auf Drängen der EU-Wettbewerbskommission nicht an einen bestimmten Bieter, sondern nur an Bedingungen im Sanierungskonzept gebunden werden. Ich persönlich kann Ihre Haltung diesbezüglich nur ablehnen, denn alles sollte möglich sein, um den Standort zu sichern, da auch jede andere Sanierung in einem vergleichsweise schwierigen Marktumfeld stattfinden würde. Das ist nun mal so.

Ich will es auch begründen. Der VDA rechnet in diesem und im nächsten Jahr mit weltweit sinkenden Absatzzahlen. Ein stärkerer Einbruch wird nur durch eine Stabilisierung des chinesischen und indischen Markts verhindert. Für den insbesondere für Opel relevanten westeuropäischen Markt rechnet der Verband mit stark sinkenden Absatzzahlen. Der für das Bieterkonsortium Magna bedeutende Markt in Russland wird in diesem Jahr, so wird prognostiziert, einen Absatzzrückgang von rund 49 Prozent zu verzeichnen haben. Das sind Fakten, die man nachlesen kann, und die müssen wir einfach akzeptieren.

Um den Beschäftigten effektiv zu helfen, müssen daher nach unserer Auffassung alle denkbaren Möglichkeiten durchgespielt werden. Es darf dabei keine Tabus geben. Lassen Sie uns deshalb im Ausschuss alle Möglichkeiten beleuchten und darüber reden. Dazu gehört natürlich auch das zweifelsohne zumindest für uns interessante Konzept einer Mietfabrik, wie von der Landesregierung in früheren Zeiten oftmals angesprochen. Auch darüber muss man reden. Dazu gehört aber auch das Nachdenken über staatliche Hilfen für GM, sofern nun endlich ein tragfähiges und vor allem Beschäftigung sicherndes Restrukturierungskonzept vorgelegt wird, wozu wir in unserem Entschließungsantrag uns auch ganz klar bekennen. Wenn GM seine Opel-Tochter behalten möchte, ist das vorerst erst mal zu akzeptieren. Nicht zu akzeptieren ist das im Unklarenlassen der Beschäftigten, da sind wir wieder völlig beieinander.

Um es klar zu sagen: Glücklich bin ich natürlich mit den derzeitigen Entwicklungen nicht. Es ist aber auch bei Weitem nicht so, als ob das Magna-Konzept das Allheilmittel und völlig risikofrei gewesen wäre. Ich habe es ja schon einmal versucht deutlich zu machen, zumal nach Einschätzung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften das Magna-Konzept von sehr positiven Marktentwicklungsannahmen geprägt war. PwC gelangt in seiner Sensibilitätsanalyse zu dem Schluss, dass Opel zwischen 2010 und 2014 rund 170.000 Einheiten weniger verkaufen werde als ursprünglich von Magna geplant, denn Chancen für das Überleben von Opel unter der Führung von Magna standen nicht unerhebliche Risiken gegenüber. Das gehört bei einer fairen Betrachtung einfach mit dazu. Wichtig ist jedenfalls, dass die Verhandlungen mit GM nicht alternativlos geführt werden und staatliche Hilfen, meine Damen und Herren, an Konzepte und nicht an einen Namen gebunden werden. Für uns muss die Sicherung der Beschäftigung und des Standorts entscheidendes, wirklich entscheidendes Förderkriterium sein. Weitere staatliche Hilfen kann es nur geben, wenn klar gesagt wird, wofür und für wen. Ich will es mal bildlich machen - ja, so habe ich es mir zumindest vorgestellt -, Opel ist nun mal ein Teil von GM und es ist wie im richtigen Leben, wenn ich einen Teil meines Grundstückes nicht verkaufen will, dann tue ich es eben nicht, auch wenn der Acker schlicht und einfach verwildert ist. Wenn ich aber den Acker neu bestellen will und dafür fremdes Geld beanspruche, muss ich schon sagen, was ich mit dem Geld machen will, und ich muss mich an die Bedingungen, die mir dann gestellt werden, halten, sonst ist der Acker weg.

Meiner Ansicht nach verdient ein schlüssiges Sanierungskonzept bei einer hinreichenden positiven Prognose für das Unternehmen die Unterstützung der Landesregierung. Gleichwohl ist die Tragfähigkeit kritisch zu hinterfragen. Demzufolge muss auch eine komplette Neuausrichtung in Betracht gezogen werden. Wir müssen Vorsorge treffen und ich will jetzt nicht vom Plan B reden, aber wir müssen Vorsorge treffen. Wir sollten Förderinstrumente zukünftig bündeln, um mittelfristig einen Innovationskern - Green-Motor, heute auch schon angesprochen - wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, möglicherweise am Standort Eisenach zu etablieren und den bloßen Montagestatus des Opelwerkes in Richtung technologischer Zukunftsperspektiven aufzuwerten. Dabei sind z.B. die Ressourcen der TU Ilmenau zu nutzen und gegebenenfalls neu zu profilieren sowie das Automobilcluster von einer einfachen Interessengemeinschaft in Richtung einer FuE-Koordinierungsstelle zu qualifizieren. Aber das muss man auch realistisch betrachten und kann nicht davon ausgehen, dass man das mit einem Knopfdruck erledigen kann. So etwas kann man nicht aus dem Boden stampfen. Opel Eisenach hält kein FuE-Personal,

aber gut qualifizierte und fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor, die hier mitziehen werden, wenn sie wissen, in welche Richtung sie ziehen sollen.

(Beifall DIE LINKE)

Das, meine Damen und Herren, sind keine Blütenträume, wie sie so vielfach formuliert wurden, sondern ein klares mittelfristiges strategisches Ziel, welches ich gemeinsam mit Ihnen, mit meiner Fraktion verfolgen möchte. Ich sage es gern noch einmal, zielgerichtete Forschung und Entwicklung neuer Technologien in Kooperation mit unseren Universitäten und Technologieunternehmen, ob nun unter dem Opelzeichen oder einem anderen, das sage ich auch, aber nutzen müssen wir es. Hier kann die Landesregierung mit Mitteln der Technologieförderung zur Seite stehen. Dies sollte in den Gesprächen mit GM durchaus Erwähnung finden und unsere Position sollte hier deutlich gemacht werden.

In diesem Sinne bin ich hoffnungsvoll, dass wir auch in den Ausschüssen die Anträge, die heute eingebracht worden sind, insbesondere auch der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - ich hatte ja gesagt, dass das auch unsere Vorstellung trifft -, und den von der FDP, hier gemeinsam beraten und hautnah am Thema dranbleiben. Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Günther. Habe ich das richtig verstanden, für die CDU-Fraktion alle Anträge an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit?

(Zuruf Abg. Günther, CDU: Ja, alle.)

Das Wort hat der Abgeordnete Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Günther, Sie haben davon gesprochen, dass die Entscheidung von GM überraschend kam. Ich sage, so ganz überraschend kann sie eigentlich nicht gekommen sein, denn in Wahrheit war das natürlich immer eine unter verschiedenen Optionen. Das war natürlich immer ein denkbare Szenario, völlig unabhängig von der Frage, ob man sich das nun gewünscht hat oder nicht, denn Sie haben es zu Recht gesagt in Ihrem Bild mit dem Acker, Opel gehört nun mal GM. Deswegen ist es Entscheidung zunächst einmal dieses Konzerns, was er mit seinem Besitz, mit seiner Toch-